

Weltpark Antarktis

Eine kurze Chronik des jahrelangen Kampfes um den Schutz der Antarktis

Das Ringen um die Antarktis beginnt 1982: Die Vertragsstaaten kämpfen um die Aufteilung des eines der größten Rohstofflager der Welt und führen erste Verhandlungen. Vor allem sollen neue Ölvorkommen erschlossen werden, was weitreichende Folgen für das ökologische Gleichgewicht der gesamten Biosphäre aber auch für die internationale politische Stabilität hätte. Nach 16 Jahren tritt am 14. Januar 1998 das Abkommen zum Schutz der Antarktis in Kraft und schützt den Kontinent für 50 Jahre vor der Zerstörung durch den Abbau von Rohstoffen. Eines der größten Erfolge in der Geschichte von Greenpeace.

1983: Weltpark Antarktis

Greenpeace erklärt den Schutz der Antarktis zum zentralen Organisations-Anliegen. Das Greenpeace-Konzept des Weltparks Antarktis folgt vier Grundprinzipien:

1. Die Ursprünglichkeit der antarktischen Landschaft soll den höchsten Stellenwert erhalten.
2. Die Pflanzen und Tiere der Antarktis sowie ihre Umwelt sollen uneingeschränkt geschützt sein (Fisch- und Krillfang kann nur in begrenztem Umfang zugelassen werden).
3. Die Antarktis soll eine Region eingeschränkter wissenschaftlicher Forschung sein, in der die Kooperation von Wissenschaftlern aller Nationen gefördert wird.
4. Die Antarktis soll eine Friedenszone sein, frei von allen Nuklear- und anderen Waffen sowie frei von militärischen Aktivitäten.

1984: Umweltverbrechen

Mit spektakulären Aktionen macht die Umweltorganisation auf drohende Schäden im Falle einer Rohstoff-Ausbeutung aufmerksam. Verlauf und Ergebnisse der Vertragsstaaten-Verhandlungen, die wie erwartet hinter verschlossenen Türen stattfinden, werden ans Licht der Öffentlichkeit gebracht. Greenpeace-Mitarbeiter erarbeiten Alternativ-Vorschläge und betreiben weltweit intensive Lobbyarbeit für einen Weltpark Antarktis.

1985/86: Bearing Witness

Im Dezember 1985 starten die Umweltschützer ihre erste Antarktis-Expedition von Sydney, Australien, aus, um bei den Stationen der Antarktis-Vertragsstaaten Umweltinspektionen durchzuführen. Niemals zuvor hat es eine Organisation gewagt, den Antarktis-Vertragsstaaten und ihren Stationen im ewigen Eis auf die Finger zu schauen. Die Greenpeace-Expedition verläuft erfolgreich: Aufgrund des starken Medieninteresses wird die Weltöffentlichkeit auf die Bedrohung der Antarktis durch den geplanten Rohstoff-Abbau aufmerksam.

1987: Die Greenpeace-Antarktis-Station

Im Januar des Jahres eröffnet Greenpeace die World Park Base in Home Beach, Cape Evans, McMurdo Sound. Aufgabe des ersten Greenpeace-Teams von vier Überwinterern ist es, das Umwelt-Management der beiden umliegenden - von den USA und Neuseeland betriebenen - Stationen zu überprüfen und die Öffentlichkeit über die Umweltzerstörung vor Ort zu informieren. Außerdem will Greenpeace zeigen, dass kleine Stationen umweltverträglich betrieben werden können und dennoch eine sinnvolle Forschung möglich ist.

1988: Umweltinspektionen

Von Januar bis April 1988 führt Greenpeace bei 22 Stationen und Schutzhütten 13 verschiedener Antarktis-Vertragsstaaten Umwelt-Inspektionen durch. Die Bilder, die daraufhin um die Welt gehen, zeigen Erschreckendes: Abwässer, die direkt und unbehandelt ins Meer fließen; Müll, der unter offenem Himmel verbrannt wird; verlassene Stationen, in denen sich Robben und Pinguine an Glasscherben und rostigem Metall verletzen. Nach intensiven, sechsjährigen Verhandlungen - konsequent unter Ausschluss der Öffentlichkeit und mit offenkundiger Eile geführt - unterzeichnen die Antarktis-Vertragsstaaten das Rohstoff-Abkommen, genannt Wellington-Abkommen bzw. CRAMRA (Convention of the Regulation

of Antarctic Mineral Resource Activities). Damit werden die Institutionen und Genehmigungsverfahren geschaffen, die einen Abbau von Rohstoffen jeglicher Art in der Antarktis regulieren.

1989: Gewalt gegen Greenpeace

Bauarbeiter einer Flugzeug-Landebahn für die französische Antarktis-Station Dumont D'Urville, die nun auch von schweren Flugzeugen ganzjährig angefliegen werden soll, greifen Greenpeace-Mitarbeiter an, um zu verhindern, dass Aufnahmen ihrer Tätigkeit, u.a. die Sprengung von Pinguin-Brutplätzen, an die Öffentlichkeit gelangen. Die Bilder der Arbeiter, die mit größter Brutalität gegen die Umweltschützer vorgehen, sorgen für Aufsehen und Empörung, wodurch die Politiker der Antarktis-Vertragsstaaten unter Druck gesetzt werden. Nun beginnt sich das Blatt zu wenden: Das Europäische Parlament und wenig später auch die UN-Vollversammlung verabschieden eine Resolution gegen den Rohstoff-Abbau in der Antarktis.

1990: Ringen um den Weltpark

Die Antarktis-Vertragsstaaten Australien, Frankreich und Belgien blockieren das Inkrafttreten des Rohstoffabbau-Abkommens. Dennoch setzt sich zunehmend die Meinung durch, dass die Antarktis des umfassenden Schutzes der internationalen Staatengemeinschaft bedarf. Die Verhandlungen für ein Antarktisches Umweltschutz-Protokoll beginnen.

1991: Antarktis-Station wird abgebaut

Ab Januar wird alles Material, inklusive Windrad und Solar-Paneelen, zurück nach Neuseeland transportiert; das vierte Team von Überwinternern verlässt die Antarktis. Von den 42 stimmberechtigten und nicht stimmberechtigten Antarktis-Vertragsstaaten wird das Umweltschutz-Abkommen zum Antarktis-Vertrag endverhandelt. Nach seinem Entstehungsort Madrid wird das Zusatzabkommen Madrid-Protokoll genannt. Es erklärt die Antarktis zu einem "dem Frieden und der Wissenschaft gewidmeten Natur-Reservat". Der Weltpark Antarktis ist in greifbare Nähe gerückt. Das Protokoll verbietet jeglichen kommerziellen Rohstoff-Abbau für zumindest 50 Jahre, wofür ein spezieller Ausschuss für Umweltschutz eingerichtet wird. Au-

ßerdem enthält das Protokoll rechtlich bindende Maßnahmen, um folgendes zu gewährleisten: die Müllbeseitigung, die Vermeidung von Meeresverschmutzung, den Erhalt der heimischen Flora und Fauna, die strenge Durchführung von Umweltverträglichkeits-Prüfungen und ein umfassendes System von Schutzgebieten. Im Protokoll nicht geregelt sind dagegen die finanzielle und rechtliche Haftung von Umweltschädigern sowie ein effizientes Inspektions-System.

1996: Ratifizieren für Weltpark

Damit das Umweltschutz-Protokoll in Kraft treten kann, muss es von den 26 stimmberechtigten Antarktis-Vertragsstaaten ratifiziert werden. Bis Ende 1996 haben dies erst zwanzig getan. Noch nicht ratifiziert haben Japan, Russland, USA, Indien, Finnland und Belgien. Die größten Unsicherheits-Faktoren sind dabei Russland und Japan, wo der Ratifizierungs-Prozess nicht vorangeht. Das bedeutet, dass die Antarktis noch immer gefährdet ist, weil das Abkommen bis dato nicht rechtlich bindend ist.

1997: Alle Staaten haben Ratifiziert

Am 16. Dezember unterzeichnet Japan als letzter Staat. Sechs Jahre hat es gedauert, bis alle 26 Vertragsstaaten das Protokoll ratifiziert hatten. Das Umweltschutzabkommen tritt somit ab 14. Januar 1998 in Kraft.

Ausblick

Die Antarktis ist nun für 50 Jahre vor der Ausbeutung ihrer mineralischen Rohstoffe geschützt. Nun geht es darum, das angrenzende Südpolarmeer vor zerstörerischen Fischereipraktiken zu schützen und die Verletzung des Walschutzgebietes zu verhindern. Greenpeace fordert nicht die Einstellung aller menschlichen Aktivitäten in der Antarktis oder die Rückkehr in eine verklärte Vergangenheit. Greenpeace hat alles darangesetzt, dass der erste Weltpark der Erde Wirklichkeit werden konnte. Die Wildnis der Antarktis muss geschützt, die Tradition internationaler Zusammenarbeit und wissenschaftlicher Arbeit von Weltrang muss zum Wohle der Menschheit eingesetzt werden.